



Stephan Kühn MdB

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sprecher für Verkehrspolitik

Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur



Cem Özdemir MdB

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

20. Juni 2019

## **Zehn-Punkte-Plan: Elektromobilität auf die Überholspur bringen**

Deutschland kann beweisen, dass Klimaschutz im Verkehr mit Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger und den Anforderungen an einen modernen Industriestandort gewinnbringend vereinbar ist. Gut gemachter Klimaschutz ist ein Schlüssel dafür, bezahlbare und abgasfreie Mobilität sicherzustellen und dabei den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfest zu machen.

Neben einer starken Schiene und einem leistungsfähigen Nahverkehr ist die bezahlbare Elektromobilität ein wesentlicher Game-Changer, um die Klimaschutzziele im Verkehr für das Jahr 2030 zu erreichen. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, den Ausstoß der Klimagase bis zum Jahr 2030 hier um mindestens 40 Prozent zu senken. Dazu muss der heute noch besonders klimaschädliche Straßenverkehr seinen Beitrag durch mehr elektrische Antriebe leisten. Der Bundesregierung ist es aber nicht gelungen, diesen Markthochlauf der E-Mobilität sicherzustellen. Damit gefährdet sie nicht nur die Einhaltung der Klimaschutzziele, sondern setzt auch die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilwirtschaft aufs Spiel. Die Bundesregierung muss die Elektromobilität als wesentlichen klimapolitischen Baustein jetzt in die erste Reihe stellen.

Schon beim Fahrzeugkauf braucht es endlich eindeutige Signale für die abgasfreie Mobilität. Die Kfz-Steuer und die Dienstwagenbesteuerung müssen konsequent auf Klimaschutz und Zukunft ausgerichtet werden. Wer einen Spritschlucker fahren möchte, muss sich stärker an den ökologischen Kosten beteiligen. Auch bei den Steuern auf Kraftstoffe muss die Politik endlich Orientierung bieten und ihren verkehrspolitischen Zick-Zack-Kurs beenden. In den letzten 10 Jahren wurde Diesel mit insgesamt 76,5 Milliarden Euro subventioniert. Für die Förderung von abgasfreien Technologien gab die Bundesregierung im selben Zeitraum nur 5,2 Milliarden Euro aus. Abgasfreie Mobilität wird sich nur durchsetzen, wenn fossile Kraftstoffe nicht länger bevorzugt werden. Die Dieselsubventionen müssen schrittweise abgebaut werden.

Die mangelhafte Ladeinfrastruktur erweist sich nach wie vor als größtes Hemmnis für den Kauf von Elektroautos. Ganze Landstriche müssen ohne Ladesäulen auskommen, zudem behindern die Fülle von Lade-Apps und Kostenüberraschungen beim E-Roaming die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Laden von E-Autos muss so einfach werden wie das Tanken an der Tankstelle. Das geht nur mit mehr und besserer Ladeinfrastruktur. Deshalb muss die Bundesregierung für mehr Geld und weniger Bürokratie in ihrem Ladesäulen-Förderprogramm sorgen. Fördermittel brauchen wir auch für Ladestellen an Carsharing-Parkplätzen, denn geteilte Fahrzeuge entlasten die Umwelt gleich doppelt, weil nicht nur Autoverkehr, sondern auch Diesel- und Benzinantriebe vermieden werden.

Wer sein Auto über Nacht daheim auflädt, fährt morgens immer mit vollem Stromtank los – ein klarer Vorteil gegenüber dem Verbrenner. Ein Großteil der Ladevorgänge wird



Stephan Kühn MdB

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sprecher für Verkehrspolitik

Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur



Cem Özdemir MdB

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

deshalb daheim stattfinden, doch in Mehrfamilienhäusern scheitert die Installation von Wallboxen regelmäßig am Veto der Vermieter oder Miteigentümer. Die Bundesregierung verzettelt sich in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, anstatt diese Hürde abzubauen. Beim Neubau von Gebäuden fehlen Quoten für Ladestationen, sodass durch eine spätere Nachrüstung hohe Kosten entstehen. Die Zukunft der Mobilität ist deshalb auch ein Fall für das Baurecht.

Auch für Spediteure, Handwerker und Logistiker muss die Elektromobilität zum Gewinnerthema werden. Doch ohne Not blockiert die Bundesregierung wichtige Anreize im Elektromobilitätsgesetz, um abgasfreie Antriebe auch für gewerbliche Flotten attraktiver zu machen. Vor allem brauchen Kommunen die Möglichkeit, mehr elektrische Lieferfahrzeuge zu bevorzugen, damit in der City-Logistik mehr elektrische Antriebe eingesetzt werden. Die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz geplante Abschreibung für gewerbliche E-Lieferfahrzeuge fällt hinter den Koalitionsvertrag zurück. Sonderabschreibungen dürfen nicht auf Lieferfahrzeuge beschränkt werden, sondern müssen der gesamten gewerblichen E-Mobilität offenstehen.

Wenn Deutschland zum Leitmarkt für die Elektromobilität werden soll, muss die Bundesregierung selbst zum Vorbild werden. Doch mit ihrem größtenteils fossilen Fuhrpark dokumentiert sie ihre Ambitionslosigkeit bei der klimafreundlichen Mobilität.

Es ist keine Option, dass die Bundesregierung hierzulande ein Biotop für auslaufende Technologien am Leben erhält, während die Autohersteller in die Zukunft investieren. Um die Elektromobilität auf die Überholspur zu bringen, müssen aus unserer Sicht rasch diese Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Damit die **Kaufprämie** für E-Fahrzeuge attraktiver wird, muss sie verdoppelt werden. Über ein aufkommensneutrales Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer wollen wir sicherstellen, dass klimaschädliche Spritschlucker die Prämie gegenfinanzieren, und nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.
2. Die **Dienstwagensteuer** muss nach ökologischen Kriterien umgebaut werden, denn pauschale Steuersätze haben keine Lenkungswirkung. Wir wollen, dass nur komplett abgasfreie Autos den günstigsten Steuersatz zahlen, während alle anderen Fahrzeuge je nach CO<sub>2</sub>-Ausstoß versteuert werden. Vor allem schwere PS-Schlitten müssen stärker in die Verantwortung genommen werden.
3. Die aktuelle Kraftstoffbesteuerung der Bundesregierung ist klimapolitisch verantwortungslos und bremst neue Technologien aus. Die **Subventionen für Dieselmotoren** gehören daher **schrittweise abgebaut**.
4. Wenn immer mehr E-Fahrzeuge zugelassen werden, muss die Infrastruktur Schritt halten. Deshalb wollen wir das **Förderprogramm für den Aufbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur** verdoppeln und von der Bürokratie befreien. Außerdem hat das Ladesäulen-Förderprogramm der Bundesregierung blinde Flecken. Wir



Stephan Kühn MdB

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sprecher für Verkehrspolitik

Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur



Cem Özdemir MdB

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

---

wollen die **Förderung für Ladestationen auf halb-öffentliche Räume**, beispielsweise an Supermärkten, und reservierte Stellplätze für das elektrische Carsharing ausweiten.

5. Das **Miet- und das Wohneigentumsrecht** muss unverzüglich so reformiert werden, dass Mieter und Wohnungseigentümer in Mehrfamilienhäusern leichter Ladepunkte an den Hausparkplätzen installieren können. Auf ein Gesamtpaket der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Wohneigentumsgesetz, in der die Elektromobilität nur ein Baustein wäre, darf nicht länger gewartet werden.
6. Schon beim **Neubau von Gebäuden** müssen Ladepunkte für E-Fahrzeuge installiert werden, um teure Nachrüstungen zu vermeiden. Wir wollen, dass Ladepunkte bei Neubauten an jedem zweiten Stellplatz installiert und zumindest Leerrohre für alle weiteren Stellplätze verlegt werden.
7. Um den Wildwuchs der **Bezahlmöglichkeiten** an den Ladesäulen zu beenden, wollen wir die Vorgaben für den Ladesäulenbetrieb um einheitliche Standards für das E-Roaming und Mindestanforderungen beim spontanen Laden erweitern.
8. **Sonderabschreibungen** für gewerblich genutzte Elektrofahrzeuge dürfen nicht auf Lieferfahrzeuge beschränkt werden, sondern müssen bei allen gewerblich genutzten Elektrofahrzeugen ermöglicht werden.
9. Elektrischer Lieferverkehr in unseren Städten verringert Lärm und verbessert die Luftqualität. Das **Elektromobilitätsgesetz** muss so angepasst werden, dass mehr Nutzfahrzeuge im Stadtverkehr bevorrechtigt werden können. So schaffen wir Anreize für Spediteure, Handwerker und Logistiker, auf eine elektrische City-Logistik umzustellen.
10. Die Bundesregierung muss bei der Elektromobilität zum Vorreiter werden. Wir wollen deshalb in den **Beschaffungsrichtlinien** des Bundes eine Vorrangstellung von Elektrofahrzeugen einführen und somit eine „Umkehr der Beweislast“ verankern.